Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingesandt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 162 | Freitag, 15. Juli | 1921

Abermalige Erfassung des Besitzes.

Berlin, 14. Juli. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „B. T." erklärte der Reichswirtschaftsminister Schmidt, daß die Deutschland aus dem Ultimatum erwachsenen Verpflichtungen schätzungsweise jährlich 3¾ bis 4 Milliarden betrügen. Es sei dringend notwendig, daß jeder Stand aus solchen Ziffern für sich die Folgerungen ziehe. Was die Steuerpläne der Reichsregierung betreffe, so werde man, wie sich auch immer das Steuerprogramm gestalten möge, an einer abermaligen Erfassung des Besitzes nicht vorübergehen können. Insbesondere würden die Sachwerte herangezogen werden müssen, die in ihren Wertgrundlagen durch die Geldentwertung weniger berührt worden seien.

Die Kohlenlieferungen.

Paris, 13. Juli. Das zwischen Sachverständigen der Wiederaufbaukommission und dem Reichskohlenrat vereinbarte Programm für die Lieferungen der deutschen Kohlen im August d. J. ist von der Wiederaufbaukommission genehmigt worden. Die Lieferungen belaufen sich für August auf 2 200 000 Tonnen.

„Nie wieder Krieg."

Berlin, 14. Juli. Aus Anlaß der Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruches werden die pazifistischen Organisationen in allen größeren Städten des Reiches am Sonntag, den 31. d. M., Massenkundgebungen veranstalten, die ähnlich wie im Vorjahre unter der Parole „Nie wieder Krieg" für eine ehrliche friedliche Außenpolitik des Deutschen Reiches eintreten sollen. An den Veranstaltungen werden sich auch der republikanische Führerbund und mehrere soziale Organisationen beteiligen.

Die deutsch-dänischen Verhandlungen.

Kopenhagen, 13. Juli. Im Verlaufe der deutsch-dänischen Verhandlungen, die am 23. Mai d. J. ihren Anfang genommen haben, sind sämtliche Fragen, die in dem beiderseits angenommenen Verhandlungsprogramm enthalten waren, besprochen worden. In einer größeren Anzahl wesentlicher Punkte wurde Einigung erzielt. Dies gilt namentlich von der Regelung des auf dem Vertrage von Versailles beruhenden Optionsrechtes, von der Regelung der Bestimmungen über erleichterte Paßvorschriften im Verkehr der Grenzbewohner und über den sogenannten kleinen Grenzverkehr, ferner von der besonders wichtigen Regelung der Wasser- und Deichverhältnisse an der Grenze. Ferner ist eine Kommission eingesetzt worden, welche die Vermögensauseinandersetzung öffentlich-rechtlicher Verbände (Kommunalverbände, Zweckverbände, Kirchen- und wasserrechtliche Verbände, Landwirtschaftskammer) endgültig regeln soll. Ebenso ist ein Abkommen über die Sicherstellung des Grenzzuges, ferner ein Abkommen über Übergabe der Katasterunterlagen sowie je ein Abkommen über die Auseinandersetzung der Post- sowie der Telegraphen- und Fernsprechverhältnisse abgeschlossen worden. Für andere Verhandlungsgegenstände sind Entwürfe aufgestellt worden, die zunächst der Prüfung durch die beteiligten Behörden der beiden Teile unterliegen. Zur Vornahme dieser Prüfung und zur Beschaffung weiterer Unterlagen ist eine Pause eingetreten, die voraussichtlich bis Mitte September dauern wird.

Das deutsch-italienische Abkommen.

Paris, 13. Juli. Das zwischen Italien und Deutschland getroffene Abkommen, demzufolge für gewisse Gegenstände, deren Rückerstattung im eigentlichen Sinne des Wortes der Friedensvertrag vorsieht, von Deutschland nur einfach Ersatz geleistet werden soll, ist heute nachmittag von der Wiederaufbaukommission gutgeheißen worden.

Beschlüsse der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien.

Frankfurt, 13. Juli. Das fünfgliedrige Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien, bestehend aus Adler-Österreich, Grimm-Schweiz, Ledebour-Deutschland, Longuet-Frankreich und Tallhead-England, tagte vom 8. bis 11. d. M. Die Verhandlungen, an denen Vertreter der russischen linken Sozialrevolutionäre und der russischen Sozialdemokraten teilnahmen, führten dem „Volksrecht" zufolge zu einer Reihe von Beschlüssen, von denen die folgenden besonders hervorzuheben sind: Die Einladung der britischen Arbeiterpartei zur Teilnahme am sozialistischen Weltkongreß zur Sicherung und Stärkung der Zweiten Internationale und zur Aufrechterhaltung der demokratischen Grundsätze im Gegensatze zur Diktatur wird durch ein ablehnendes Schreiben beantwortet. Unverbindliche Zusammenkünfte zu informatorischen Zwecken halte man jedoch für durchaus notwendig. Man sei bereit, sich an solchen zu beteiligen. Es wurde ferner ein Protest gegen die Verfolgung der revolutionären Arbeiterbewegung in Polen angenommen, sowie ein Aufruf an die Arbeiter der Länder beschlossen, gegen den weißen Schrecken in Ungarn zu protestieren. Gegen die bolschewistische Diktatur richtet sich ein Beschluß, worin gegen die Verfolgung der sozialistischen und der linken sozialrevolutionären Partei aufs schärfste protestiert und die Herstellung des Rechtes der freien Meinungsäußerung für das ganze klassenbewußte Proletariat verlangt wird. Gegen den Überfall Georgiens durch bolschewistische Truppen wird gleichfalls protestiert. Bei der Beratung der durch das Diktat der Verbandsmächte geschaffenen Lage, insbesondere der provokatorischen Aufrechterhaltung der Sanktionen billigt die Konferenz vollständig die Haltung derjenigen Parteien, welche der Internationalen Arbeitsgemeinschaft angeschlossen sind.

Die Abrüstungskonferenz.

London, 13. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Es verlautet, daß von allen Mächten günstige Antworten eingelaufen seien, an welche die Vereinigten Staaten von Amerika den Vorschlag betr. die Abrüstungskonferenz gerichtet hatten.

Washington, 13. Juli. (Havas.) Hier besteht der Gedanke, die Abrüstungskonferenz könne ihre Tagung am 11. November beginnen, am Tage der Zeichnung des Waffenstillstandes. Die Beamten des Staatsdepartements sehen keinen Grund, warum man nicht zu einer Assoziation der Mächte kommen könne, wie es Harding bezweckte.

Washington, 14. Juli. Die Antworten der englischen und italienischen Regierung auf die Einladung zur Konferenz sind hier eingetroffen. Die italienische Regierung hat die Einladung angenommen. Die englische Antwort wird noch veröffentlicht. Es steht aber nach den Erklärungen Lloyd Georges im Unterhause außer Zweifel, daß sie zustimmend lauten wird. Die japanische Regierung hat noch nicht geantwortet.

New York, 14. Juli. Der japanische Vertreter der „New York Times" teilt mit, die japanische Regierung habe die Einladung zur Konferenz angenommen.

Die Befehle des Generals Guillaume.

Paris, 13. Juli. Im Anschluß an seine Enthüllungen über die Befehle des französischen Generals Guillaume, keine deutschen Kriegsgefangenen zu machen, veröffentlicht Gouttenaire de Fourty in der heutigen „Humanité" einen Brief Dr. Köchlins aus Paris, in dem dieser folgendes mitteilt: Die 10. Division Marchand habe sich ganz besonders dadurch ausgezeichnet, daß sie wenig Kriegsgefangene machte, darunter besonders das 52. Kolonialregiment, dessen Oberst Petit Demange besonders wild gewesen sei. Er habe den formellen Befehl gegeben, weder deutsche Verwundete noch Gefangene einzubringen. Der Unterleutnant Moriu, zu dessen Zeugnis er volles Vertrauen habe, bestätigte ihm, daß er sogar der Niedermachung eines feindlichen Hilfspostens, bestehend aus Verwundeten, Ärzten und Krankenwärtern, beigewohnt habe. Köchlin erklärt weiter, Petit Demange habe sich in Grand-Fresnoy im November 1915 seiner Tätigkeit gerühmt. Köchlin bezeichnet drei Divisionen, die während der Champagneschlacht kaum Gefangene einbrachten, während sie bei andern Divisionen zu Tausenden gemacht worden seien. Diese drei Divisionen seien die 10., 15. und die marokkanische Division. Er spricht auch von deutschen Verwundeten, und zwar etwa hundert, die bis nach Suippes gekommen waren und dort vier Tage lang ohne Hilfe, Nahrung, Wasser und Unterstand gelassen wurden, bevor er sich ihrer angenommen habe.

Prof. Lippmann †

Paris, 14. Juli. Der französische Physiker Prof. Lippmann, Mitglied des Instituts und Nobelpreisträger, welcher der Mission des Marschalls Fayolle angehörte, die eine Reise durch Kanada und Amerika unternommen hat, ist auf der Überfahrt gestorben.

Besichtigung der amerikanischen Besatzungstruppen.

New York, 14. Juli. Der Generalinspekteur des amerikanischen Heeres General Chamberlain begab sich nach Europa, um die amerikanischen Besatzungstruppen zu besichtigen.

Völkerbund und Saargebiet.

Zur Rede Balfours.

Brüssel, 14. Juli. Zur Rede Balfours in der Ministerkonferenz zu London über den Völkerbund teilt die „Nation Belge" noch mit, daß Balfour die bisherige Tätigkeit des Bundes dargelegt und besonders auf das hingewiesen habe, was der Völkerbund in der verhältnismäßig kurzen Zeit von 18 Monaten erreicht habe. Als besonders ersprießlich habe er die Tätigkeit des Bundes in Danzig und im Saargebiete bezeichnet. Ebenso sei die Kontrolle sehr wirksam, die der Völkerbund über die den Mandaten unterworfenen Gebiete ausübe. Der Bund werde nicht aufhören, seine Aufgabe in der gerechten Ausgleichung aller nationalen Gegensätze zu erblicken. Nur durch Vermittelung des Völkerbundes könne ohne Anwendung von Gewalt der Weltfrieden erreicht werden. Die große Bedeutung und der Segen des Völkerbundes werden wohl auch in Deutschland vollauf gewürdigt. Balfour ist aber sehr ungeschickt und nicht orientiert, wenn er zur Bekräftigung ausgerechnet das Beispiel des Saargebietes anführt. Gerade das ist der wunde Punkt in der Praxis des Bundes. Dieser hat es immer noch nicht fertig gebracht, die noch herrschende französische Politik der Übergriffe und Einverleibungsversuche zu beseitigen. Nault ist trotz der gegenteiligen Berichte vom Völkerbundsrate allerdings gerade nicht gnädig empfangen worden. Aber das ändert die Zustände im Saargebiete nicht. Im Hinblick auf das Saargebiet vom Segen des Völkerbundes zu sprechen, ist fast ein Hohn.

England und die Washingtoner Konferenz.

London, 14. Juli. Die „Times" meldet, daß in der gestrigen Sitzung der Reichskonferenz die Frage der Vertretung der englischen Regierung und der Regierungen der Dominions auf der Washingtoner Konferenz inoffiziell erörtert wurde. Die Versicherung, daß ein vorläufiger Gedankenaustausch über die politischen Fragen betreffs des Stillen Ozeans in London abgehalten werden müsse, bevor die Premierminister der Dominions abreisen, wird gegenwärtig vom Präsidenten Harding geprüft.

Die Gefahr der bulgarischen Politik.

Paris, 14. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien" erklärt, daß das britische Auswärtige Amt die Regierungen von Frankreich, Italien, Rumänien, Südslawien und der Tschecho-Slowakei ersucht habe, ihren Vertretern in Sofia den Auftrag zu geben, einen Schritt zu unterstützen, den die britische Regierung beim bulgarischen Ministerpräsidenten unternehmen werde, um die Aufmerksamkeit auf die Gefahr der bulgarischen Politik zu lenken, daß sie die Augen hartnäckig auf Thrazien richte. Die Regierungen von Rom, Belgrad, Bukarest und Prag sollen auf die britische Aufforderung bereits günstig geantwortet haben. Die Antwort der französischen Regierung ist noch nicht eingetroffen.

Gebt für das Oberschlesierhilfswerk!

Die Organisation des deutschen Arbeitsmarktverkehrs.

Von Kanut Schäfer, Glauchau.

I.

Eine Betrachtung der Zukunftsaussichten der deutschen Volkswirtschaft wird nicht an der Tatsache vorbeigehen dürfen, daß eine wesentliche Voraussetzung eines Aufstieges aus den Niederungen der Gegenwart die Erhaltung der und noch verbliebenen wertvollsten Substanz, der Arbeitskraft, ist.

Die Befreiung durch unserer Hände Arbeit, das Programm der Zukunft, — die Bezahlung der Reparationsschuld durch Warenausfuhr, der hauptsächlichste Weg in der Umsetzung dieses Programms in die Wirklichkeit, sind an zwei Voraussetzungen geknüpft: die Arbeitskraft des deutschen Volkes darf nicht durch Schwächung der notwendigsten Lebensunterlagen gemindert werden, und ihr Einsatz im Produktionsprozeß muß unter möglichster Ausschaltung aufhaltender Reibungen erfolgen können.

Von dieser Stelle aus gesehen gewinnt eine planmäßige, umfassende Organisation des Arbeitsmarktverkehrs außerordentliche Bedeutung. Die Beantwortung der Frage, ob wir uns auf dem Wege hierzu befinden, wird für die Beurteilung der deutschen Zukunft von Wichtigkeit sein müssen.

Im Marktwirtschaftssystem der Gegenwart tritt als Entwicklungstendenz das Bestreben hervor, die Organisation der verschiedenen Märkte immer umfassender zu gestalten, Erzeugung und Bedarf einander immer besser anzupassen, durch vollkommenere Überschau des Marktes unausbleibliche Schwankungen ausgleichen zu können. Zugleich will man jede unwirtschaftliche Zersplitterung beseitigen und die Organisation klarer gestalten. Die Weltknappheit beschleunigt diesen Organisationsprozeß sowohl auf den nationalen Märkten als auch auf dem Weltmarkte; ein Prozeß, an dem in erster Linie die durch den Weltkrieg wirtschaftlich stark geschwächten Völker ein tiefes Interesse haben.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die heftigen Krisen, die in Vergangenheit und Gegenwart die europäischen und außereuropäischen Märkte erschüttert haben, durch eine vollkommenere Organisation der Güterherstellung und durch eine Fortführung der oben gekennzeichneten Entwicklung zwar verringert und gemildert werden können, daß aber ihr völliges Verschwinden schon durch die naturgesetzlichen Schwankungen in der Urproduktion unmöglich ist.

Damit ist aber für alle Zeiten das Auftreten von Schwankungen auf dem Arbeitsmarkte unlösbar verknüpft.

Ihre verhängnisvollen Rückwirkungen auf das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben haben wir in den letzten Jahren zur Genüge kennen gelernt. Mangel an Arbeitskräften, also Hemmung der Produktion auf der einen Seite, — brachliegende Arbeitskräfte, also Schwächung der Kaufkraft und Lebensenergie durch Erwerbslosigkeit auf der anderen Seite, das sind die typischen Erscheinungen der Arbeitsmarktschwankungen.

Zu allen Zeiten wird der Versuch gemacht werden müssen, sie durch eine Regelung von Angebot und Nachfrage zu überwinden, denn für jede Wirtschafts-Organisation bilden insbesondere brachliegende Arbeitskräfte eine schwere Hemmung. Für den kapitalistischen Produzenten der gegenwärtigen Wirtschaft bedeuten sie zwar keinen unmittelbaren Verlust, wie das Brachliegen seiner Produktionsmittel, — da er entlassene Arbeitskräfte ja vorläufig noch nicht zu unterhalten braucht, die Schwächung der Kaufkraft eines Teiles der Bevölkerung durch Erwerbslosigkeit kann jedoch unter Umständen die Überwindung einer Konjunkturschwankung erheblich stören und damit den Produzenten auch hier privatwirtschaftlich treffen. Mit der modernen Marktbildung sind zudem lokale oder territoriale Konjunktur-